



ZDS – DZfMR

Zentralrat Deutscher Staatsbürger - Deutsches Zentrum für Menschenrechte e. V.
Deutsche öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaft

Deutsches Amt für universelle Menschenrechte nach verbrieftem Recht, Grundgesetz Artikel 1, 25, 140 in
Anwendung mit Artikel 137 u.138 WRV nach Deutschem Recht (www.deutsches-amt.de)

Regionalvertretung ZDS-DZfMR - Mitte

Regionalvertretung ZDS-DZfMR - Mitte; Fasanenweg 9 – 37170 Uslar

Verlag Dierichs GmbH & Co KG

- Chefredaktion, z. Hd. Herrn Horst Seidenfaden -
Frankfurter Straße 168

vorab per Fax: 0800 - 203 2193

DE- 34121 Kassel

ZDS-Amtzeichen: MRVNDs./1007-2011-04-16

Nachr.: - Bundesministerium des Innern, Herrn Dr. Hans-Peter Friedrich, 10559 Berlin; Fax: 03018 681-2926
- Nds. Ministerium für Inneres u. Sport, Herrn Uwe Schünemann, 30169 Hannover; Fax: 0511/120-6555
- ZDS-DZfMR e.V. - Vorstand-; Kolonnenweg 29, D- 24837 Schleswig; Fax: 04621 – 34963
- Deutsches Amt für Menschenrechte, Bielfeldtweg 26, D-21682 STADE

Ihre unsachlichen Äußerungen, u.a. in der Ausgabe "Sollinger Allgemeine" vom
15.04.2011 auf Seite 2 über die öffentliche ZDS-Arbeitstagung vom 13.04.2011 in Uslar,
verfaßt von Hans-Peter Niesen

Anlage: Presseerklärung ZDS-DZfMR – Mitte v. 13.04.2011

B e s c h w e r d e

Uslar, 16.04.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sprachökonomie ist kein einfaches Konzept. Dem Bedürfnis des Schreibers, mit geringem Aufwand einen Tatsachenbericht zu artikulieren, steht das Bedürfnis des Lesers gegenüber, mit möglichst wenig Aufwand die Hauptsache der Thematik einer Veranstaltung zu verinnerlichen. Dazu müssen die Leser Ihres Blattes darauf bestehen, daß der Schreiber in seinem Tatsachenbericht über den Inhalt einer Veranstaltung zumindest so viel Aufwand betreibt, daß die Leser das Hauptthema einer Tagung auch erkennen und verstehen können. Dazu muß der Schreiber auch die nötigen Informationen vermitteln und kann bei einem Tatsachenbericht nicht nach eigenen Vorstellungen beliebig viel oder alles Wichtige nach persönlichem Gutdünken auslassen, wenn er vom Leser überhaupt verstanden werden will.

Der Gegensatz von ERNST (Seriosität) ist SCHERZ.

Zentralrat Deutscher Staatsbürger - Deutsches Zentrum für Menschenrechte

- Universal Human Rights Authority, Legal Department of Human Rights -

Deutsches Amt für Menschenrechte; Registernummer Netzwerk Menschenrecht: **101020-ZDS-001-1-1**

Registereintrag Deutscher Bundestag ID 2-3231-5/119.09;

- Bankverbindung: Postbank Hamburg BLZ: 200 100 20; Kontonummer: 11 991 208 -

Regionalvertretung ZDS-DZfMR - Mitte: Sitz: 37170 Uslar, Fasanenweg 9, Tel. 05571 - 5693, Fax: 05571 – 5069,
e-Post: zds_rv-mitte@web.de; <http://zds-dzfmr.de>; Gerichtsstand: Internationaler Gerichtshof für Menschenrechte;
CCEC/ ICHR/ IZMR - Sektion Deutschland, Bielfeldtweg 26, D-21682 STADE

Ernst ist im Leben der Menschen – im Gegensatz zum Scherz oder Spiel - der Kampf, in dem es ans Leben geht. Ein Kommunikationsproblem zwischen Veranstalter und Berichterstatter kann darin bestehen, dass in Bezug auf ein ganz bestimmtes Thema überhaupt nicht kommuniziert werden soll.

Mit einer Lüge, der absichtlichen Täuschung eines Schreibers zur Ablenkung vom eigentlichen Thema kann gegen die Interessen der Leserschaft möglicherweise auch ein Kommunikationszweck verfolgt werden, daß Leser etwas glauben sollen, von dem der Schreiber ganz genau weiß, daß es so nicht stimmt.

Als Gastgeber und Veranstalter weisen wir Ihre Redaktion ausdrücklich darauf hin: Mit Lügen, persönlichen Meinungen oder unsachlichen Behauptungen können jedoch übergeordnete Probleme geschaffen oder bestehende zum Nachteil der Menschen noch verstärkt werden.

Kommunikation mit der Leserschaft sollte Ihr Berichterstatter auf einer sachorientierten Ebene führen, die in Ihrem Artikel unter Vorsatz nicht zum Ausdruck kam, da Herr Hans-Peter Niesen mit der persönlich übergebenen Presseerklärung zur Vermeidung von Missverständnissen schriftlich ausdrücklich über die Arbeit des Veranstalters und die Inhalte der Arbeitstagung informiert wurde.

Seine Hypothese im Artikel, alle Schafe seien schwarz, sollte er durch Hinterfragen falsifizieren, statt seines Versuchs eines Beweises, der keiner ist. Denn ein einziges weißes Schaf erlaubt den logischen Schluß, daß seine Aussage, alle Schafe seien schwarz, falsch ist.

Die Diffamierung Dritter (gegen Gäste und Vorstand) in diesem Artikel ist nicht hinnehmbar, da sie sich mit Langzeitwirkung auf Ehrverletzung und Gerüchteverbreitung bezieht mit dem Zweck der gesellschaftspolitischen Ausschaltung.

Da Mitarbeiter unserer Organisation keine staatspolitischen Gegner sind, sondern systemneutrale Verteidiger der Menschenrechte, hat Ihr Berichterstatter Ihren Lesern mit diesem misslungenen "Tatsachenbericht" wahrlich keinen Dienst erwiesen.

Sie sind bitte so freundlich,

- Eine Kopie des Presseausweises Ihres Journalisten vorzulegen
- den Beweis Ihres Journalisten über die Behauptungen des POK Uwe Falkenhain gegen unseren Vorstand schriftlich zu erbringen
- den Nachweis Ihres Journalisten über die eingeholte Stellungnahme des Gerichtspräsidenten am Oberlandesgericht Braunschweig schriftlich zu führen
- die ladungsfähige Anschrift des Herrn Hans-Peter Niesen mitzuteilen
- die Ihrem Mitarbeiter ausgehändigte Presseerklärung vom 13.04.2011 als Gegendarstellung (bitte ungekürzt) auf den Titelseiten aller Ausgaben der HNA innerhalb der nächsten 10 Tage zu veröffentlichen.

Für die Vorlage Ihrer Nachweise notieren wir uns den 30.04.2011.

Die Handlungsunfähigkeit unseres Heimatstaates dürfte den Redaktionen ja wohl hinreichend bekannt sein:

a) **Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 über den Grundlagenvertrag;**

http://de.wikipedia.org/wiki/Rechtslage_Deutschlands_nach_1945.

b) **Gesamtheitliche Aspekte der Rittersturzkonferenz 1948** (Deutscher Bundestag v. 2008);

<http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2008/rittersturzkonferenz.pdf>.

c) **Rechtsfolgen des Status der Körperschaft öffentlichen Rechts für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften:**

„Das Verfassungsrecht stellt für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften den besonderen Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts zur Verfügung (Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 137 Abs. 5 WRV). ... Die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die Körperschaft sind, werden *nicht* in den Staat eingegliedert; sie haben einen öffentlich-rechtlichen Status eigener Art. ..“; Auszug aus:

http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Standardartikel/DE/Themen/PolitikGesellschaft/ohne_Marginalspalte/Rechtsfolgen_der_Koerperschaftsanerkennung.html?nn=268184

Hierin bestätigt das **Bundesministerium des Innern** nochmals öffentlich die fortgesetzte Gültigkeit der Deutschen Verfassung von 1919 (Weimarer Reichsverfassung – WRV) und die von **“Verfassungs wegen garantierten Korporationsrechte”** der Weltanschauungsgemeinschaften, zu denen wir ebenfalls gehören.

Als **Menschenrechts-Organisation** in Deutschland setzen wir uns für die **unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte (Art. 1 GG)** in Deutschland ein und möchten durch unsere Tätigkeiten die Bediensteten in den jeweiligen Verwaltungen vor Straftaten, Menschenrechtsverletzungen und Haftungsfolgen bewahren (Privathaftung!). Hierzu kann eine objektive Berichterstattung in der Presse mit beitragen und wir bitten daher nochmals um Ihre Unterstützung!

Weitere Anlagen: - Presseerklärung des ZDS-DZfMR e.V. vom 01.11.2010

- Deutsches Amt für Menschenrechte „Hinweise zum ... v. 05.01.2011“

Mit freundlichen Grüßen

Reiner Borchert, Fachjournalist für Staats- und Völkerrecht
(Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit - Regionalvertretung ZDS-DZfMR – Mitte)
(www.zds-dzfmr.de - www.deutsches-amt.de - www.deutschlandanzeiger.com)

(Vergl.: HNA-Beitrag in der Samstagsausgabe v. 16. April: **„Merkel und die Länder wollen den Turbo-Atomausstieg“** oder auch die Presseinformation – Staatskanzlei Land Brandenburg, Presse und Informationsamt v. 15.04.2011 bzgl. der Rede von Herrn Ministerpräsident Platzeck im Bundesrat am gleichen Tag: **„Wir brauchen eine Allianz der Vernunft“** - Inhalte: rascher Ausstieg aus der Atomkraft – unkalkulierbares Restrisiko – Atomtechnik im Notfall nicht beherrschbar – echte Energiewende mit wirklichen Alternativen / Erneuerbaren Energien - „Menschlichkeit und Menschheit“.)